

Ressort: Politik

Grüne stellen Bedingungen bei Hilfen für Zypern und Irland

Berlin, 08.01.2013, 02:00 Uhr

GDN - Finanzhilfen für die Euro-Staaten Irland und Zypern darf es nach Ansicht der Grünen nur geben, wenn beide Staaten zu grundlegenden Reformen ihrer Steuer- und Bankensysteme bereit sind. "In den Beratungen um Hilfspakete gehört die ruinöse Standortpolitik Zyperns ebenso auf den Verhandlungstisch wie die Steuerpraxis Irlands", sagte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin der "Welt" (Dienstag, 8. Januar).

Im Falle Zypern bezog er sich damit auf Vorwürfe, dass in zyprischen Banken Geld aus dubiosen Quellen unter anderem Russlands gewaschen wird. Zudem hält Trittin die zyprischen Steuersätze für zu niedrig. "Dumping-Steuersätze und ein lockerer Umgang mit Geldwäsche sind Kern des Geschäftsmodells Zyperns", sagte Trittin. Damit betreibe Zypern "ebenso wie Irland eine Standortpolitik zum Schaden seiner EU-Partner". Auch die Steuerpraxis Irlands hält Trittin wegen zu niedriger Sätze für unvereinbar mit weiteren Finanzhilfen. "Steuerdumping und europäische Rettungsmilliarden passen nicht zusammen." Vielmehr, so Trittin, müsse gelten: "Keine Hilfe ohne Gegenleistung, denn Solidarität ist keine Einbahnstraße."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-5389/gruene-stellen-bedingungen-bei-hilfen-fuer-zypern-und-irland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619